

Gesetzungen vorliegen werde. Damit ist dann der Weg zu einem gewissen Meinungsaustausch über die Einberufung einer Konferenz frei. Man habe aber nicht die Lust, auf einer Einberufung der Konferenz innerhalb der vorgeschriebenen drei Monate zu bestehen. Die Verhandlungen über die Tarifverhandlungen könnten aufgenommen werden, wenn die Tarifverhandlungen erfolglos seind und das Vertrauen wieder hergestellt sei.

Ein selbständiger Vorstoß Amerikas

Boston, 14. Juli. Die Morningpost meldet aus Washington, daß die Vereinigten Staaten einen energischen Schritt bei der chinesischen Regierung unternommen haben, wobei die chinesische Regierung darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß, wenn die Freuden in China nicht besser geachtet würden und die Verträge nicht besser geachtet würden, China die Freundschaft der Vereinigten Staaten verlieren würde. Dieser unverantwortliche Schritt Amerikas ist durch die bolschewistische Propaganda Chinas hervorgerufen worden. Die Pekinger Regierung soll erkannt haben, China wolle die Verträge, die es mit fremden Mächten eingegangen sei, annullieren.

Die Franzosen schicken die Marcellauer gegen Ihre Landsleute

Paris, 15. Juli. Wie aus Wiesbaden gemeldet wird, ist General Raoul vor gestern abend nach Paris zurückgekehrt. Die marionette Division in der Pfalz, die in der Umgegend von Landau eingesetzt ist, wird nach Marcella transportiert. Die letzten Monatsheften werden am Mittwoch die Wahl verlassen.

Das Aufwertungsgefecht in 2. Sitzung angenommen

12. Aug. Wie die Aufwertungsaviso — 10 Millionen für die Rinde.

Auch in der Dienstagsitzung des Reichstags wurde die Einberufung über die Aufwertungsgefechte fortgesetzt. Die Beratungen begannen mit einer allgemeinen Aussprache über das Gegebe über die Aufwertung der Marktmarken des Reichs gezeigt. Es zeigte sich auch in der heutigen Sitzung dasselbe Bild: Vor leeren Plätzen sprachen die Redner der Kommunisten, Sozialdemokraten und Dr. Bell. Die Regierungsparteien erlaubten nur zu den Abstimmungen, um dann alle Abänderungsanträge ablehnen zu wollen. Bei den Abstimmungen zeigte sich, daß die Demokraten sich immer mehr auf die Seite der Regierungsparteien stellten. Alle Anträge der Opposition, die eine Belastung der Kapitalisten bedeuteten, wie mit den Reichsparteien niedrig, während sie auf der anderen Seite allen Anträgen der Rechten, die eine Belastung für die breite Masse der Steuerzahler bedeuten, zustimmen. Die Geldinteressen stehen über dem Oppositiionsgefechte.

Bei der Abstimmung, die über das Hypotheken- u. u. Aufwertungsgefecht, das bereits gestern zu Ende beraten wurde, raschfolgend vorgenommen wurde, wurden wiederum alle Anträge der Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialen von der reichslosen austretenden Rechten abgelehnt. So bleibt es u. a. bei einer Aufwertung der Sparfassenguthaben von 12 Prozent.

In der Ausprache über das Abstimmungsgefecht für öffentliche Anleihen wandte sich der kommunistische Redner hart gegen dieses Gegebe, das in der Praxis eine endgültige Anulierung der Schulden des Deutschen Reichs bedeute. Er forderte eine neue soziale Erfüllung der Inflationsgewinne zugunsten der Aufwertungssöcher. Den Aufwertungsunterstellten rief Genosse Korsch zu, daß sie auf das Soldatenwort des Präsidenten Hindenburg keine Hoffnungen aufzubauen hätten. Mit diesem Soldatenwort würde es bestimmt genau so gehen wie mit dem Wort des hohen deutschnationalen Abgeordneten Hergt, auf den die betrogenen Opfer der Inflation so viele Hoffnungen gelegt hatten.

In der Einzelberatung wurde es etwas leichter, als die Feststellung, die die Religionsgesellschaften eine Wohlfahrtsrente zulassen will, beraten wurde. Da waren die Regierungsparteien vereint und der deutschnationale Pfaffen Wumpp verhinderte mit recht schleimigen Redensarten diesen Standort zu degradieren. Nicht nur 5 Millionen, sondern noch einem neuen Abänderungsantrag der Regierungsparteien sollen ja diesem Zweck jährlich 10 Millionen Mark bereitgestellt werden. Da ist Geld vorhanden, wo es gilt, den lutherischen und katholischen Pfaffen Millionen auszuhelfen, aber wenn es heißt, den bürgernden Sparten und Rentnern das Leben zu ermöglichen, dann wird über die Tat der Wirtschaft und des Reichs gekommen. Das sollte hierbei ist jedoch, daß diese jährlich aufwachsenden 10 Millionen aus den Zollen auf die Lebensmittel genommen werden sollen. Die Pfaffen helfen also schon jetzt, die Einführung der Wucherzölle mit für deren Annahme.

Das Getreide der deutschnationalen Pfaffen, das dieses Geld den Armen der Armen durch die Wohlfahrtspflege der Kirchen aufstelle, soll nur dazu dienen, diesen Skandal zu verdecken. Genosse Korsch wandte sich mit aller Schärfe gegen diesen „Kirchen-Schweinskopf-Paragrafen“. Damit werde die unbegrenzbare Hölle der Kirchen und Pfaffen verhöhnt, die sie auf Kosten der Massenzölle bestrafen wollen.

Bei den etwa eine Stunde dauernden Abstimmungen zum Anleiheabstimmungsgefecht wurden wiederum alle Abänderungsanträge abgelehnt. Mit den Stimmen der Demokraten wird beschlossen, für die Kirchen 10 Millionen Mark zu bewilligen. Die übrigen wurden alle Anträge der Oppositionsparteien abgelehnt und die Gesetzesfassung der Rechtsparteien beschlossen.

Um den Aufwertungsstandort recht schnell unter Dag und Nach zu bringen, wurde vorge schlagen, die dritte Sitzung des Aufwertungsgefechtes über Hypotheken, Sparfassenguthaben u. u. in der morgigen Sitzung vorzunehmen und das Gegebe endgültig zu beschließen. Der sozialdemokratische Präsident Löde, der dieses vorstieg, handelte nur im Interesse der Herren Hergt und Genossen. Um die Abstimmungsergebnisse des Reichstags am 10. d. M. den ganzen Betrieb geschlossen. Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie hat der Bevölkerung des DMR. Dresden mitgeteilt, daß wenn sie bis Donnerstag den 16. d. M. bis nachmittags 5 Uhr nicht erklärt, daß Freitag früh in den bestreiten Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen wird, ab Sonnabend den 18. d. M. die Ausperrung erfolgt.

Heute, Mittwoch, finden Verhandlungen vor dem Schlichter statt.

Episode bei wieder einmal bewiesen, daß die Klique des sozialdemokratischen Parteivorstandes um Hermann Müller die Erfüllung des Zollkampfes und die Verhinderung mit der Regierung anstrebt.

Der Landtagspräsident Winkler fordert vor Luther

Freie Gemeinschaft der Sozialdemokratien mit den Monarchien.

Der Kanzler des Hindenburg-Kabinetts, der Monarchist Luther, weiste am Sonntag und Montag in Dresden sein Besuch galt der löslichen Regierung, die er noch schwächer wie bisher in seine Zoll- und Steuerpolitik einspannen will. Luther wurde von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Held begrüßt. Held erklärte in den jeweiligen Tönen, daß die Entwicklung von Inflation zur Stabilisierung den Stempel der Verbindlichkeit und Sicherheit trage. Held machte der Luther-Regierung in lakonischer Weise den Hof und gab das feierliche Versprechen, bei der Durchführung der arbeiterfreundlichen Gesetze die Machtmittel des löslichen Staates gegenüber dem Machtstand der Arbeiterklasse rücksichtlos einzusetzen. Luther erklärte gegenüber dieser Offerte des löslichen Ministerpräsidenten herablassend, daß er sich freue, bei Herrn Held ein „so vollständiges Verhältnis für eine vertrauliche Zusammenarbeit zu finden.“

In geradezu widerwärtiger Weise faybudele der sozialdemokratische Landtagspräsident Winkler vor dem Monarchisten Luther. Er erklärte wörtlich:

„Ich begrüße Sie besonders herzlich, weil es wohl in der löslichen Geschichte noch niemals da war, daß ein Kanzler des Deutschen Reichs in der früheren Zeit den Landtag besucht hat. Wir haben die Meinung, daß, wie in einer Familie, wo es nur einträchtig zugehen kann, wenn sich die Geschwister vertragen, es auch in einem Staatswesen wie dem Deutschen Reich heute nur einträchtig zugehen kann, wenn die einzelnen Staaten, die Glieder dieser großen Reichsfamilie, sich auch vertragen. Ich möchte, daß, wenn Differenzen zwischen dem Vater Reich und dem kleinen Staat Sachsen bestanden haben sollten, diese mit dem Besuch wie durch ein Symbol gefunden haben, und daß wir in treuer Freundschaft, der einen den andern brauchen und den andern den einen schützen, zusammen mögen.“

Dieser Sozialdemokrat beschimpft mit dieser Unterthankelei erklärung gleichzeitig die löslichen sozialdemokratischen Arbeiter, die von ihren Führern in Opposition gegen die Reichsregierung getrieben werden. Alles in allem zeigt dieses byzantinische Dresdner Schauspiel, in welch hundischer Weise die sozialdemokratischen Führer der Bourgeoisie die Stiefel lecken, nur damit sie an der Staatskruppe bleiben dürfen. Mit Entrüstung und Ekel müssen sich die Arbeiter von diesem Treiben abwenden. Der Scheinkampf der SPD. gegen die Luther-Regierung, gegen ihre Zoll- und Steuerpläne, erhält durch diese politische Demonstration der sozialdemokratischen Führer in Sachsen eine neue lehrreiche Illustration. Es ist wieder einmal bewiesen, daß die sozialdemokratischen Führer nicht gegen Luther kämpfen, sondern ihm aus der Hand fressen.

Angedrohte Ausperrung in der Metallindustrie

Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband wird uns mitgeteilt:

Wie schon mitgeteilt, haben die Metallarbeiter einer großen Anzahl Betriebe in den in Frage kommenden Tarifbezirken mit Genehmigung der Organisation die Arbeit niedergelegt.

Die Firma Seidel u. Naumann hat, weil dort zwei Abteilungen die Arbeit niedergelegt, ab Mittwoch den 15. d. M. den ganzen Betrieb geschlossen. Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie hat der Bevölkerung des DMR. Dresden mitgeteilt, daß wenn sie bis Donnerstag den 16. d. M. bis nachmittags 5 Uhr nicht erklärt, daß Freitag früh in den bestreiten Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen wird, ab Sonnabend den 18. d. M. die Ausperrung erfolgt.

Heute, Mittwoch, finden Verhandlungen vor dem Schlichter statt.

Der Metallarbeiterkampf deutet sich aus

Bauzen, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Streik der Metallarbeiter in Bauzen deutet sich aus. Im Jahnwerk Bauzen haben Maschinenarbeiter und Dreher mit 108 gegen 2 Stimmen den losartigen Streik beschlossen. Die Firma holt den Arbeitern die Guilloche zu. Im Schuhwerk in Bauzen wird ebenfalls gestreikt.

Ausperrung der Kabelarbeiter

Bremen, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Unternehmer haben ihre Drohung, die Kabelarbeiter auszulagern, wahr gemacht. Die gelärmten Kabelarbeiter — 5000 — sind ausgesperrt. Die Unternehmer haben den Schiedspruch, der einen Zuspruch von 5 Prozent auf den Grundlohn vorstellt, abgelehnt. Darauf ist die Belegschaft der Cammreich-Werke in den Streik getreten. Die Unternehmer antworteten mit der Gewaltauflösung der Kabelarbeiter.

Der Lohnkampf der Berliner Gas- und Wasserarbeiter

Berlin, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vertragsleute der Gas- und Wasserwerke lehnen den von einem Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission gemachten Vorschlag, der eine Lohnsteigerung von 3 % für die Stunde vorsieht, ab.

Steigerung der Schiedsprüfung

Krefeld, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Männer und Frauen beschloß am Montag gegen eine Stimme Steigerung des Schiedspruchs, der jegliche Lohnsteigerung ablehnt. Die Unternehmer hatten einen 10prozentigen Lohnzettel gefordert.

Mülheim, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der in der rheinisch-westfälischen Zentralheizungsindustrie geführte Schiedspruch, der als Spitzenlohn für die Monture 1,20 Mt. Stundenlohn vorsieht, wurde von den Arbeitern und den Gewerkschaften abgelehnt. Die darauf erfolgte Steigerung von 1,20 Mt. auf 1,30 Mt. des Stundenlohns ist den Gewerkschaften angenommen worden. Die Arbeitnehmer lehnen ab. Die Arbeitnehmer sind für Guilloche.

Unerhörte Erhöhung der Rente geplant

Ab 1. August 90 Prozent, ab 1. Oktober 100 Prozent, später 100 Prozent.

Berlin, 14. Juli. Wie die „Tägliche Rundschau“, das Blatt der Sozialdemokratie, vom unterrichteten Sozia erläutert, befiehlt die Rente vom 1. August ab auf 90 Prozent, ab 1. Oktober ab auf 100 Prozent der Rente zu erhöhen. Damit soll aber das Höhepunkt noch nicht erreicht sein, es werde an eine weitere Erhöhung auf 100 Prozent gedacht.

Die Renter müßten gegen diesen läudlichen Plan stimmen und die neue unerhörte Belastung der werktätigen Renter verhindern.

DMS.-Wahlen zum Gewerkschaftscongres

Leus: Liste A. (Amsterdam) 260 Stimmen, Liste B. (Opposition) 80 Stimmen.

Göteborg: Liste A. 104 Stimmen, Liste B. 104 Stimmen.

Gotha: Liste A. 10 Stimmen, Liste B. 170 Stimmen. Stuttgart: Zwei Drittel aller Stimmen wurden für die Kommunisten, ein Drittel für die SPD. abgegeben.

Dresden, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Ergebnis der Wahlen im DMS. zum Gewerkschaftscongres: Reformisten 150 Stimmen, Opposition 90 Stimmen, ungültig 66 Stimmen.

Die Kommunistenhege

Mannheim, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Heute früh 6 Uhr erschien ein Aufgebot von Kriminalbeamten in der Wohnung des verantwortlichen Redakteurs der „Arbeiter-Zitung“ und verantwörten eine neuzeitliche Hausdurchsuchung, nachdem die Wohnung am Tage vorher bereits durchsucht war. Zu gleicher Zeit wurde die Redaktion ebenfalls belehnt und ohne die Anwesenheit eines verantwortlichen Genossen alle Schreibstühle beschafft und durchsucht. Schließlich wurden beide Schreibstühle und auf die Polizeidirektion gebracht, so daß die Zeitung nicht erscheinen kann. Der verantwortliche Redakteur wurde in Gewahrsam genommen.

Grund zu diesem unerhörten Vorgehen im Müsterland ist die Veröffentlichung einer neuen sozialdemokratischen Innensenatorin Klemme eines kompromittierender Briefe, die die kommunistische Verfolgung und die Beziehungen zwischen Reichsbanner und Polizei aufdeckten. Das ganze ist ein Nachspiel des Innensenators Klemme, auf dessen Seiten bereits die Immunität des Landtagsgeordneten Genossen Ritter aufgehoben wurde.

Regierungsumbildung in Süddänemark

Die „P. A. N.“ melden aus Belgrad: Nach längeren und schwierigen Verhandlungen ist es zwischen Balkan und der Radikal-Partei zu einer Einigung gekommen. Es wurde ein Protokoll unterzeichnet, wonach die Radikal-Partei in die Regierung eintritt, und zwar erhält sie vier Minister- und drei Untersatzstellenposten.

Bergarbeiterstreik in England

London, 16. Juli. Die Bergleute der United Miners in Süd Wales sind am Montag abend in den Streik getreten. Die Zahl der Streikenden beträgt ungefähr 25 000.

Die Kommunistische Internationale kämpft gegen den imperialistischen Krieg

Zum Nationalisten in Frankreich hat die Kommunistische Jugend ein Flugblatt an die französischen Soldaten herausgegeben, in dem es heißt:

Der 14. Juli, der Gedenktag des französischen Volkes im Jahre 1789, ist jetzt nichts anderes als ein nationalistisches Fest geworden. Wie jedes Jahr, werden an diesem Tage eure Offiziere Paraden über die Truppen abnehmen. Im befreiten Deutschland beginnen und veranstalten sie Schauaufzüge, die euch Anstrengungen und großes Gemüth bringen, und verheben die Arbeiter gegen euch. So tanzt der französische Militarismus wie jeder andere Militarismus nur Krieg und Krieg zwischen den Völkern. Für den Schuh der Kapitalisten fallen hunderte von euren Kameraden. Ihr Schuh erwartet auch euch, denn nach der teilweisen Räumung der Ruhe wird man euch zweifellos nach Marocco schicken. Aber nochmals eure Offiziere auch hier zu qualen haben, wollt ihr nicht nach Marocco, um einer Ruhe zu lassen. Ihr müßt trotzdem eure Beibehaltung in Frankreich verlangen. Denn an eure Kameraden, die in Afrika kämpfen, und kämpft mit den französischen Arbeitern gegen den Krieg für die soziale Räumung Maroccos und Deutschlands. Werdet ihr die würdigen Nachfolger der Helden von 1789 werden.“

Zur gleichen Zeit, wo die Kommunisten den Kampf gegen den Imperialismus führen, ermöglichen die Sozialisten den Krieg in Marocco.

Die französische Mittelmeerslotte mentiert

Paris, 15. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das französische Mittelmeergeschwader traf nach einer 100stündigen Fahrt in Bizerte ein. Es sollte nach dem selben Tage nach Le Havre weiterfahren, was amüslich der Reihe am 14. Juli eine Parade vor dem Präsidenten der Republik stattfand. Gleich nach der Landung beschloß die Kommandierenden der Kreuzerfahrt Provence und Paris, die Ruhtruhe aufzuhören, da am folgenden Morgen 4 Uhr früh die Kohlenaufnahme vor sich gehen sollte. Die Mannschaften protestierten ohne Erfolg. Um 4 Uhr morgens gingen sie mit hungrigem Magen an die Arbeit. Mittags bekamen sie ein ungenießbares Essen. Als die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, weigerten sie sich geschlossen. Es wurde die Internationale gesungen und eine Protestversammlung auf Deck abgehalten. Nach zweistündiger Verhandlung gaben die Kommandierenden die bewilligten Lebensmittelzulagen. Abends wurden 47 Matrosen verhaftet und unter starker militärischer Bewachung ins Land gebracht.

Angerstein urteilte zum Tode verurteilt

Der Vorsitzende des Gerichts in Bremen, Landgerichtsrat Roth, verhandelte im Angerstein-Vorfall folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Mordes in artig Sitten schlimm zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden dem Angeklagten auf Lebenszeit übertragen. Die Hochzeitszusage, Brüder und Sohn, werden eingezogen. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Angeklagten zu Lasten, soweit er verurteilt ist.

Angerstein wurde als Gerichtsbediensteter verurteilt, daß das Gericht in den übrigen Sitten nachdrückig eingestuft wird.

Der Angeklagte nahm das Urteil liebend, den Blick zu Boden gesenkt, aber vollkommen gefaßt, entgegen. Er erklärte, daß er das Urteil erneut nehmen werde. Seine Tochter blieb mit ihm nicht weinen.